Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte; wochentags: „Der Hausfreund". — Bezugspreis: frei Haus viertelj. 2.00 M., frei monatl. 0,70 M. Bei Abhol. von der Geschäftsst. viertelj. 1.60 M. monatl. 0,55 M. Durch die Post vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 0,80 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg. Reklamezeile 70 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Vereinbarung. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 25 bezw. 70 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 262 | Donnerstag, den 7. November 1918. | 36. Jahrgang

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

5. November. Zwischen Schelde und Oise setzten die Engländer und Franzosen erneut zu großem Durchbruch an. Er gelang nicht, die Unsern fingen den Angriff auf und verhinderten den Durchbruch. Der Feind wurde durchweg abgewiesen. Auf den Höhen südlich von Beaumont werden heftige Angriffe der Amerikaner abgewiesen.

Nach einem Monat.

Die erste Tat der neuen Regierung in Deutschland war das Friedens- und Waffenstillstandsangebot, das Prinz Max von Baden, kaum daß er den Grafen Hertling auf dem Kanzlerstuhl abgelöst hatte, nach Washington abschickte. Ein voller Monat ist seitdem verflossen. Damals glaubten die Massen, der Krieg werde nur noch nach Tagen, höchstens nach Wochen zu zählen sein, und bald werde die vierjährige Qual ein Ende haben. Die Hoffnungen stiegen, als Präsident Wilson sich mit seiner Antwort unverkennbar beeilte und dabei eine verhandlungsbereite Haltung einnahm, allerdings sofort auch deutlich hervortrat, daß er uns nicht etwa leichten Kaufes zu seinem berühmten Frieden der Verständigung und der Menschlichkeit kommen lassen wollte. In Eile bauten wir unsere Verfassung um und taten auch sonst alles erdenkliche, um den Weg zum Frieden völlig frei zu machen — das Ergebnis aber ist, daß wir trotz alledem noch nicht einmal im Besitz der Waffenstillstandsbedingungen sind, die man auf der Gegenseite für uns bereit hält. Die Optimisten unter uns beginnen wieder schwankend zu werden, und wer den früheren Regierungen den Vorwurf nicht ersparen möchte, daß sie manches unterlassen, manche Gelegenheit versäumt hätten, um den Frieden herbeizuführen, der ist heute wohl doch endlich eines besseren belehrt. Wo die wahren Kriegsverlängerer sitzen, das steht nachgerade ganz außer Frage, und auch der einfältigste Mitteleuropäer wird sich durch die salbungsvollen Redensarten unserer Feinde, ihrer Staatsmänner und Menschheitsapostel nicht mehr einfangen lassen. Was sie uns im Westen in diesem Monat an Land und Leuten abgenommen haben, das hat sie abermals Ströme von Blut gekostet — und sie hätten es doch, ohne einen Schuß abzufeuern, zurückerhalten können, wenn sie sich zu einem vorläufigen Waffenstillstand bereit erklärt hätten. Nun, sie wollen keinen Frieden, den sie uns nicht diktieren können, und deshalb muß das Morden fortgesetzt werden, bis wir uns gar nicht mehr wehren können. Das ist wenigstens die Absicht der feindlichen Heerführer, und Herr Wilson hat, bis jetzt wenigstens, nichts getan, um ihr entgegenzutreten.

Dabei darf die Tatsache nicht in Vergessenheit geraten, daß wir unseren U-Boot-Krieg bereits seit Anfang Oktober so gut wie völlig eingestellt haben. Und nicht nur das: mittlerweile ist noch bekanntgeworden, daß wir ebenso auf Luftangriffe hinter der feindlichen Front verzichtet haben, während die Entente unseren Vorschlag in gleicher Weise uns gegenüber zu verfahren, nicht nur unerwidert gelassen, sondern mit tod- und verderbenbringenden Fliegerbesuchen in Bonn, Wiesbaden, Aschaffenburg und zahlreichen anderen friedlichen Ortschaften unserer Westprovinzen beantwortet hat. Auf unserer Seite also Vorschußleistungen auf den kommenden Frieden, auf der Gegenseite unerbittliches Beharren auf Kampf und Vernichtung. Aber auch auf den anderen Kriegsschauplätzen hat sich mittlerweile die militärische Lage außerordentlich zu unseren Ungunsten verschoben. Österreich-Ungarn und die Türkei haben bedingungslos kapituliert und sind zu Aufmarschgebieten für die Westmächte herabgesunken. Unsere ganzen Verbindungen nach dem Osten sind bedroht, auch die wirtschaftlichen, und neben unserer West- müssen wir nun auch die Süd- und Südostgrenze des Reiches gegen Einbruchsgefahr zu schützen suchen. Wer hätte vor einem Monat daran gedacht, daß sich unsere Lage in wenigen Wochen so gründlich verschieben könnte! Bei uns wenigstens glaubte man damals noch an die Dauerhaftigkeit gegebener Verhältnisse; im Lager unserer Feinde scheint man allerdings auch in diesem Falle eine bessere Rechenkunst geübt zu haben. Jedenfalls kann nach allem, was wir seither erlebt haben, kein Zweifel mehr bestehen, daß Herr Wilson [illegible] Herzens den Krieg weitergehen läßt, weil sein Friedensantrag ihm offenbar zu früh gekommen ist. Von Lloyd George gar nicht zu reden, der seine Arbeiter einmal mit den Worten zu beschwichtigen suchte, daß als der größte Verbrecher der Weltgeschichte zu brandmarken wäre, wer diesen entsetzlichen Krieg auch nur eine Stunde länger als unbedingt notwendig fortsetzen wollte. Damit vergleiche man die nackten Tatsachen — der Rest ist Schweigen!

Wenn aber endlich die Mitteilung der Waffenstillstandsbedingungen an uns erfolgen wird, dann wird das deutsche Volk wenigstens einigermaßen vorbereitet sein auf das, was kommen soll. Auch uns wird bedingungslose Kapitulation zugemutet werden, und auch wir sollen dann einen Frieden auf uns nehmen, bei dem wir nichts zu sagen, sondern nur zu leiden haben. Wenn wir in stummer Ergebung warten, bis es Herrn Wilson endlich gefällt, dieses Dornenkreuz auf unsere Schultern zu legen, dann werden wir schließlich zu allem nur Ja sagen können, was er über Gegenwart und Zukunft für uns bestimmt. Ob dieses Unheil noch von uns abgewendet werden kann? Darüber gibt es nur eine Instanz: die Volksregierung. Sie muß entscheiden, da sie die volle Staatsgewalt in die Hand genommen hat. Möge sie wissen, daß das Volk dereinst von ihr Rechenschaft verlangen wird, nicht nur für ihre Taten, sondern auch für ihre Unterlassungen.

Kämpfe zwischen Schelde und Oise.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 5. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Schelde und Oise haben Engländer und Franzosen ihre großen Angriffe wieder aufgenommen.

Durch gewaltigen Einsatz an Artillerie und Panzerwagen suchten sie den Durchbruch auf der mehr als 60 Kilometer breiten Front zu erzwingen. In schwerem bis in die Dunkelheit währendem Ringen gelang es unseren an Zahl weit unterlegenen Truppen, den feindlichen Angriff aufzufangen und den Durchbruch zu verhindern. Südlich der von Valenciennes nach Nordosten führenden Straße wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab.

Die gegen unsere neue Front Sebourg—Wargnies le Grand gerichteten Angriffe wurden durch erfolgreiche Gegenstöße auf den Höhen östlich dieser Orte zum Scheitern gebracht.

Wargnies le Petit, das vorübergehend in Feindeshand fiel, nahmen wir wieder. Den beiderseits von le Quesnoy vorbrechenden Angriff brachten wir südlich von Wargnies le Petit und bei Jolimetz zum Stehen. Le Quesnoy, durch beiderseitige Umfassung bedroht, wurde befehlsgemäß geräumt. Der gegen den Wald von Normal gerichtete Ansturm des Gegners kam in dem westlichsten Teil des Waldes zum Stehen. Auch südlich des Waldes wurde der Feind am Vormittag dicht hinter unseren vordersten Linien auf den Höhen westlich des Sambre—Oise-Kanals abgewiesen.

Am Nachmittag setzte der Gegner seine Angriffe fort. Ihr Schwerpunkt lag nördlich und südlich des Waldes. Nördlich des Waldes fingen wir den Stoß östlich von Jolimetz, südlich des Waldes am Sambre—Oise-Kanal auf. Der Kanalabschnitt östlich von Ors und Catillon wurde gegen alle feindlichen Anstürme behauptet.

Südlich von Catillon stieß der Feind in etwa 1 bis 2 Kilometer Tiefe über den Kanal vor. Hier brachten ihn an der Straße la Groise—Oisy örtliche Kampftruppen zum Stehen. Vor der Kanalfront zwischen Fesny und nordöstlich von Etreux brachen alle Angriffe des Feindes zusammen. Zwischen Etreux und der Oise konnte er an einzelnen Stellen das östliche Ufer gewinnen. Auch hier gelang es ihm nicht, über unsere vorderste Stellung hinaus vorzudringen.

Südlich der Oise sind dem starken Artilleriefeuer, das sich am frühen Morgen bis zur Serre ausdehnte, heftige Angriffe südlich von Guise, bei la Herie und gegen Bois le Pargny gefolgt. Der Feind wurde überall, teilweise im Gegenstoß, abgewiesen.

An der Aisnefront keine Kampfhandlungen. Zwischen le Chesne und Sommauthe scheiterten Teilvorstöße des Gegners. Auf den Höhen südlich von Beaumont wiesen wir heftige Angriffe der Amerikaner ab. Im Walde von Dieulet wichen unsere Truppen stärkeren Angriffen befehlsgemäß auf das östliche Maasufer nördlich von Stenay aus. Südlich von Dun wurden feindliche Abteilungen, die über die Maas vorstießen, auf den Fluß zurückgeworfen. Auf den Höhen östlich der Maas scheiterten starke Angriffe, westlich der Mosel Teilvorstöße der Amerikaner.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

*

Befürchtungen in Bayern.

Alle über die Waffenstillstandsbedingungen für Österreich-Ungarn bisher vorliegenden bayerischen Presseäußerungen drücken die schwersten Befürchtungen für das kerndeutsche Land zwischen dem Brenner und Bozen aus und erachten die Gefahr eines feindlichen Vormarsches durch Österreich schon für jetzt, nicht erst für das Frühjahr als gegeben. Daß nach den Bedingungen des Waffenstillstandes für Österreich trotz des formellen Protestes, der anstandshalber von Österreich-Ungarn eingelegt worden ist, das gesamte Gebiet dieses Reiches als Aufmarschterrain gegen Deutschland und dessen bayerisch-sächsisch-schlesische Grenze verwendet wird, unterliegt keinem Zweifel. Indessen sind alle notwendigen militärischen Maßnahmen getroffen. Die Reichsregierung, die über die Folgen dieses Waffenstillstandes für Deutschland eingehend beraten hat, warnt deshalb vor Unruhen und Überstürzung und versichert, daß in der militärischen Lage kein Anlaß zur Überhastung gegeben ist.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 5. Nov. Der Kaiser hat an die einzelnen Armeegruppen der Westfront Danktelegramme für die außerordentlichen Leistungen in der Abwehr gerichtet.

Berlin, 5. Nov. Auf Einladung der Obersten Heeresleitung begibt sich heute eine Anzahl Reichstagsabgeordneter der Mehrheitsparteien auf etwa vier Tage an die Front. Die Abgeordneten sollen dort aus eigener Anschauung die Lage kennenlernen und, soweit es angängig ist, auch durch Ansprachen an die Truppen diese über die neue Lage in der Heimat aufklären.

Budapest, 5. Nov. Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die Ungarn durchziehenden deutschen Truppen nicht zu entwaffnen, sondern mit voller Ausrüstung und Bewaffnung ungestört weiter zu befördern sind.

Genf, 5. Nov. Die Fortsetzung der Blockade Österreich-Ungarns ist laut einer Havasnote dagegen gerichtet, daß Deutschland indirekt von Zufuhren profitieren könnte.

Bern, 5. Nov. An der Kriegskonferenz der Verbündeten nahm gestern zum ersten Male ein tschechischer Bevollmächtigter teil.

Zürich, 5. Nov. Der rumänische Vertreter in Amerika hat dem Staatssekretär Lansing eine Note überreicht, in der Rumänien Siebenbürgen und Transsylvanien fordert.

Rotterdam, 5. Nov. Die Rotterdamsche Passagierlinie wird in den nächsten Tagen mit Dampfern Tausende von Flüchtlingen nach Frankreich zurückbefördern.

Waffenstillstandsfragen.

Ernennung der deutschen Unterhändler.

Frankfurt a. M., 5. November.

Wie die Frkf. Ztg. von unterrichteter Seite erfährt, ist für die Abmachungen des Waffenstillstandes zwischen der Entente und Deutschland bereits die deutsche Kommission ernannt worden. Ihr gehören an: General v. Gündell, der militärische Delegierte auf der Haager Friedenskonferenz, General v. Winterfeldt, ferner Admiral v. Meurer und der frühere Staatssekretär des Äußern Admiral v. Hintze.

Von anderer Seite wird demgegenüber behauptet, daß die Kommission zu Unterhandlungen über den Waffenstillstand, bzw. seine Durchführung naturgemäß erst ernannt werden könne, wenn die Vorschläge des Verbandes bekannt seien.

Was die Feinde fordern wollen.

Genfer Blätter veröffentlichen folgende Waffenstillstandsbedingungen: 1. Räumung des linken Rheinufers, Elsaß-Lothringens und der Pfalz, 2. Besetzung der Rheinbrücken durch alliierte Truppen, 3. Übergabe eines großen Teiles des Kriegsmaterials, sämtlicher Unterseeboote und eines Teiles der Flotte, 4. Wiederherstellung der Industrie in Belgien und Nordfrankreich durch Deutschland und sofortige Lieferung der notwendigen Werkzeuge, 5. Lieferung der nötigen Kohle als Entschädigung für die Zerstörungen in Belgien und Nordfrankreich, 6. Entschädigung in Geld, 7. Kontrolle der deutschen Häfen bis zur vollständigen Ausführung der Friedensbedingungen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Newyorker Blätter andeuten, daß die Vereinigten Staaten in den Waffenstillstandsbedingungen auf der Wiederherstellung von Frankreich und Belgien bestehen werden. Es werde zwei Jahre dauern, bevor die französischen Kohlenbergwerke in dem besetzten Gebiet wieder imstande sein werden, Kohlen zu fördern, und zehn Jahre, bevor die Förderung wieder den Stand vor dem Kriege erreichen könne. Man nimmt jetzt an, daß Deutschland gezwungen werde, in dieser Zeit Frankreich mit Kohlen, mit Bergarbeitern und mit Geld zu versorgen als Ersatz für den angerichteten Schaden. Der Wiederaufbau der Städte und Dörfer werde 20 Jahre lang 100 000 Arbeiter erfordern.

Der entscheidende Tag.

Im übrigen wird sich erst am Dienstag, dem Tage der amerikanischen Kongreßwahlen endgültig entscheiden, welche Bedingungen die Entente stellt. Siegen die Demokraten, d. h. Wilsons Partei, so dürfte sich der Präsident stark genug fühlen, für Mäßigung einzutreten. Siegen aber die Republikaner, die Deutschlands Vernichtung wollen, so dürften die Bedingungen dementsprechend hart sein; denn dann würde Wilsons Ansehen nicht nur in Amerika, sondern auch bei den Verbündeten wesentlich herabgemindert sein. Der Dienstag ist also auch für Deutschland von schicksalsschwerer Bedeutung.

*

Feindliche Stimmen zur Kaiserfrage.

Abweichende Meinung in Paris und London.

Die französische Presse gibt übereinstimmend ihre Meinung dahin kund, daß die Abdankung Kaiser Wilhelms weder auf die Politik noch auf die militärische Lage Einfluß haben würde. Bezeichnenderweise schreibt das „Journal des Débats“: Für das deutsche Volk bedeutet die Abdankung seines Kaisers das Symbol des Zerfalls. Die Verbündeten müssen in ihren Forderungen fest bleiben und methodisch die militärischen Operationen weiterführen. Mögen sie sich daran erinnern, daß auch Friedrich II. während des Siebenjährigen Krieges sich verloren glaubte. Alle Welt hatte ihn aufgegeben, und doch hat er sich wieder retten und die preußische Großmachtstellung wieder begründen können.

Während indes in keinem französischen Blatt die Abdankung des Kaisers als wesentlich für den Gang der Ereignisse bezeichnet wird, ist ein Teil der englischen Presse anderer Meinung und der „Manchester Guardian“ schreibt: „Der Kaiser wäre besser mit sich zu Rate gegangen, wenn er abgedankt hätte. Es ist für einen Autokraten niemals leicht, sich in einen verfassungsmäßigen König zu verwandeln, und bei den hier gegebenen Umständen kommt noch die Schwierigkeit hinzu, daß das Ausland von der verfassungsmäßigen Neuordnung nicht überzeugt ist. Wilson hat deswegen erklärt, daß er mit den Hohenzollern nicht verhandeln will. Prinz Max von Baden wird zweifellos auf Grund der neuen Staatsgesetze antworten, daß eine Notwendigkeit der Beseitigung der Hohenzollern nicht besteht, und daß der Kanzler und nicht der Kaiser der Vertreter des Volkes sei, und daß auch der Kanzler die Verhandlungen führen wird. Jeder Zweifel in dieser Angelegenheit würde aber beseitigt sein und das größte Hindernis, das in Wirklichkeit für das Zustandekommen eines Friedens besteht, würde aus der Welt geschafft sein, wenn der Kaiser abgedankt hätte. Das ist ihm sowohl von der Sozialdemokratie wie auch von anderer Seite zu verstehen gegeben worden, und es ist ein Unglück, daß er sich diesen Wink nicht zu Herzen genommen hat.“

An das Deutsche Volk!

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volke. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat. Die neue Regierung ist am Werk, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht:

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert. Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags gebildet. Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages und damit des Volkes. Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden. Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstags. Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt. Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen. Preßfreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet. Doch viel bleibt noch zu tun.

Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staate der Welt zurückstehen soll, wird entschlossen weitergeführt.

Die Neugestaltung kann ihre befreiende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungs- und Militärbehörden findet, der ihre Zwecke erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volk. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasten sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen.

Selbstzucht und Ordnung [illegible] not. Jede Disziplinlosigkeit wird den Abschluß [illegible] baldigen Friedens auf das schwerste gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen ihn ehrlich, und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. Den seit Wochen in hartem Kampf stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. **Nur zu diesem Zwecke**, aus keinem anderen Grunde, sind die **Einberufungen der letzten Zeit** durchgeführt worden.

Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank; durch ihren Todesmut und ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, sich ihre und ihrer Familien Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereiterklärt, ihre früheren jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiet sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt. Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung wie aller Lebensverhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen! Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe. Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das uns unentbehrlich ist in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Leitstern.

Berlin, den 4. November 1918.

Der Reichskanzler
Max, Prinz von Baden.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer.
Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums
Dr. Friedberg.
Die Staatssekretäre:
Dr. Solf. Graf v. Roedern. Dr. v. Krause. Rüdlin.
v. Waldow. Freiherr v. Stein. Scheidemann. Gröber.
Erzberger. Haußmann. Bauer. Trimborn.
Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter v. Mann.
Der Kriegsminister Scheüch.

Graf Schwerin-Löwitz †.

Berlin, 5. Nov. Der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses Graf v. Schwerin-Löwitz ist gestern seinem Leiden erlegen.

Hans Graf v. Schwerin-Löwitz, der ein Alter von 71 Jahren erreicht hat, machte als Offizier die Feldzüge 1866 und 1870/71 mit, nahm aber als Rittmeister 1881 den Abschied, um sich der Bewirtschaftung seines Stammgutes Löwitz zu widmen. Zugleich stellte er seine von den Gegnern neidlos anerkannte ungeheure Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit. Der deutschen Landwirtschaft war er ein liebevoller Förderer und ein temperamentvoller kenntnisreicher Führer. Schon frühe ward er Präsident des deutschen Landwirtschaftsrates und des preußischen Landesökonomie-Kollegiums. Seit 25 Jahren stand der Verstorbene im politischen Leben. Seit 1893 gehörte er dem Reichstag, seit 1897 dem preußischen Abgeordnetenhause als Mitglied der deutschkonservativen Partei an, und hier wie dort fiel ihm schnell eine führende Rolle, insbesondere in agrar- und handelspolitischen Fragen zu. Nach dem Tode des Grafen Stollberg wählte ihn 1910 der Reichstag zum Präsidenten. Als im Oktober 1912 Freiherr v. Erffa starb, war Graf Schwerin der gegebene Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses. Wie nur wenige Politiker hat Graf Schwerin-Löwitz es verstanden, sich die persönliche Achtung und die Wertschätzung seiner Kenntnisse auch bei Andersgesinnten zu erwerben.

Graf v. Schwerin-Löwitz.

Die Kaiserfrage.

Verbandsmachenschaften in Süddeutschland.

Berlin, 1. November.

Gerüchtemacherei und Klatsch sind in diesen Tagen reichlich beschäftigt. Es ist müßig, ihre Geschäftigkeit näher zu kennzeichnen; im ganzen Deutschland weiß man, um was es sich handelt. Aber auch in ernsten Kreisen wird dieselbe Frage, natürlich ihrem Ernst und ihrer Tragweite entsprechend behandelt. Wie die Voss. Ztg. aus unbedingt zuverlässiger Quelle erfahren haben will, hat vor einigen Tagen der Staatssekretär Scheidemann an den Reichskanzler eine Denkschrift gerichtet, in der er unter eingehender Begründung die Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers darlegt. Und ein weitverbreitetes süddeutsches Blatt, die Frkf. Ztg., weiß zu melden, daß in der Kaiserfrage bereits Anregungen erfolgt sind, durch geeignete und berufene Persönlichkeiten eine Willensäußerung des Kaisers herbeizuführen. Der Monarch befindet sich augenblicklich im Hauptquartier, an der Stätte, wo während des Weltkrieges die schwerwiegendsten Entscheidungen erwogen und getroffen worden sind. Es wäre immerhin möglich, daß aus dem Hauptquartier eine kaiserliche Kundgebung erfolgt, die allem Geraune ein Ende macht. Im Kriegskabinett ist in den letzten Tagen diese Frage mehrfach behandelt worden, ohne daß man zu einem Ergebnis gekommen ist, wie der Meinungsaustausch in der Presse, die den Staatssekretären von der Sozialdemokratie und dem Zentrum nahesteht, ersehen läßt. Die nationalliberale Berl. Börsen-Ztg. schreibt zu dem Thema: „In einem großen Teile des Volkes wird mit einer baldigen Abdankung des Kaisers gerechnet, man nimmt sie als sicher an. Wir haben bereits früher zum Ausdruck gebracht, daß es sich nicht um die Person handeln kann, daß aber der monarchische Gedanke, der in Deutschland so fest verankert ist, nicht Schaden leiden darf. Und er leidet Schaden, wenn mit einer Tat, die vielleicht doch getan werden muß, allzu lange gezögert wird. Man wird wohl mit einer schnellen Einberufung des Reichstages zu rechnen haben. Die Entscheidungen, vor die die Reichsregierung gestellt ist, sind die schwerwiegendsten, die je zu fassen waren. In einer derartigen Lage ist Klarheit des Wollens die unbedingte Voraussetzung.“

*

Gegen die deutsche Freiheit.

Versuche der Wiedererrichtung des Rheinbundes.

In den letzten Tagen sind aus Süddeutschland mehrfach Nachrichten gekommen, die erkennen lassen, daß ein Teil des Verbandes sich mit dem Gedanken der Zerreißung der deutschen Freiheit und der Wiedererrichtung eines Staatengebildes nach dem Muster des Rheinbundes trägt. In diesem Zusammenhange wird ein Flugblatt verständlich, das in München und wahrscheinlich auch in anderen bayerischen Städten verbreitet worden ist. Darin heißt es u. a.:

1. Die Königl. Bayerische Regierung hat unter den jetzigen Verhältnissen (vielleicht im Einvernehmen mit den übrigen süddeutschen Bundesstaaten) im Anschluß an das Sonderfriedensangebot von Bulgarien, der Türkei und Österreich-Ungarn sofort, spätestens innerhalb drei Tagen, den Ententestaaten ein Sonderfriedensangebot zu übermitteln. 2. Sollte sich die jetzige Königlich Bayerische Staatsregierung hierzu nicht bereit erklären, so würde derselben ein weiteres Verbleiben im Amte unmöglich gemacht und die maßgebenden Persönlichkeiten durch eine neu einzusetzende Volksregierung zur Verantwortung gezogen werden. Es wäre unverzeihlich, daß, nachdem ohnehin schon ein großer Teil von Bayerns Männern und Söhnen nutzlos verblutet und verkrüppelt sind, auch noch unsere Gaue verheert und Frauen und Kinder geschändet werden.

Mit großem Nachdruck warnt die bayerische Presse, auch die sozialdemokratische, alle Volkskreise vor Bestrebungen, die zur Auflösung der deutschen Staatengemeinschaft führen können. Will das neue Deutschland nach dem Kriege nicht zu völliger Ohnmacht verurteilt sein, so müssen alle Glieder des Reiches in unverbrüchlicher Treue zusammenstehen.

Worte des Kaisers in ernster Zeit.

Berlin, 4. November.

Während in der Presse der Streit um die Frage für und wider die Abdankung des Kaisers ausgefochten wird, ist gestern ein Dokument bekannt geworden, das der Kaiser bereits am 28. Oktober dem Reichskanzler übergeben hat, und in dem sich der Monarch bedingungslos zu der Neuordnung im Reiche bekennt. Sicher war der an den Reichskanzler gerichtete Erlaß ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt — man wüßte sonst nicht, weshalb man mit seiner Veröffentlichung fast eine Woche gewartet hat — aber der Meinungsstreit, der nun einmal entfacht ist, schien am besten zu beschwichtigen, wenn der Erlaß bekannt wurde, in dem der Monarch ausdrücklich bekennt: Das Kaiseramt ist Dienst am Volke. Das ist nichts anderes, als das Gelöbnis des großen Friedrich: „Ich bin des Staates erster Diener.“ Und man sollte mit der Nordd. Allgem. Ztg. meinen, daß die „ernsten und würdigen Worte des Kaisers reinigend wirken müßten“. Dazu kommt noch, daß Konrad Haußmann eine Ansprache mitteilt, die der Kaiser bereits am 21. Oktober d. J. beim Empfang der neuen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre gehalten hat und in der es hieß:

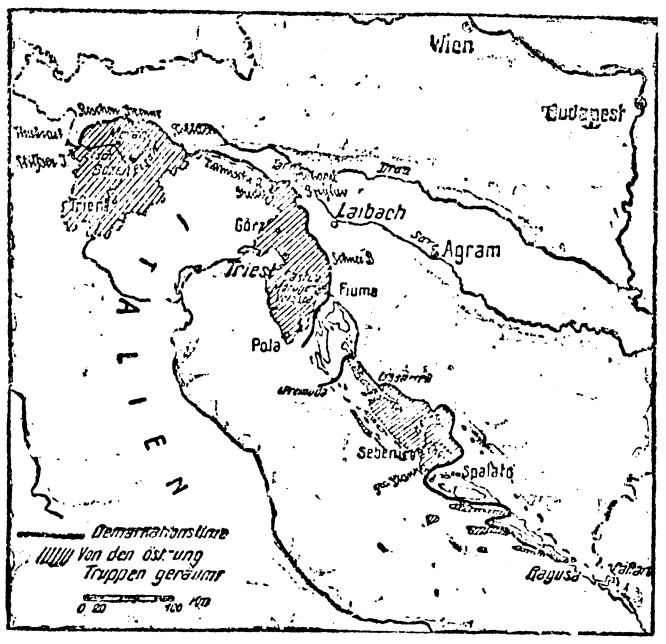
„In den furchtbaren Stürmen des Weltkrieges ist uns die Aufgabe gestellt, den Bau des Reiches im Innern durch neue und breitere Grundlagen zu sichern. Die Erschütterungen des Weltkrieges haben uns erkennen lassen, wo die Stützen des uns alle schirmenden Hauses schwach und veraltet sind, wo sie der Erneuerung bedürfen. Sie haben uns aber auch die neuen quellenden Kräfte zur Anschauung gebracht, die in unserem Volke zum Lichte streben. Der neuen Zeit soll eine neue Ordnung entsprechen. — Diesen Entschluß habe ich in einer Reihe von Kundgebungen bekräftigt. In umfassender Weise soll das deutsche Volk berufen sein, an der Gestaltung seiner Geschicke mitzuwirken, an politischer Freiheit keinem Volk der Erde nachstehend; an innerer Tüchtigkeit und fester Staatsgesinnung keinen Vergleich scheuend. Mit Ihnen, meine Herren, die ich heute als meine Mitarbeiter begrüße, weiß ich mich eins in dem heiligen Willen, das Deutsche Reich aus der Not dieser Zeit zu einer ruhigen und friedlichen Entwicklung zurückzuführen.“

Auch das ist ein starkes Bekenntnis zu dem neuen Deutschland. Aber wenn man die Presse aufmerksam liest, wird man finden, daß die Strömungen in der Kaiserfrage sich in den letzten Tagen nicht wesentlich geändert haben. Dabei wird vielfach übersehen, daß die Frage der Abdankung zugleich eine Frage der Staatsform werden, ja daß sie eine Frage von weltgeschichtlicher Bedeutung für das Reich werden kann. Es scheint angesichts der Sachlage bestechend, wenn ein Berliner Blatt einen Mittelweg einzuschlagen empfiehlt: die Kaiserfrage zu vertagen und erst einmal, dem Beispiel aller Nationen folgend, jetzt alle Stämme deutscher Nationalität zu sammeln und dann von der Gesamtheit des neuen deutschen Volkes die Kaiserfrage entscheiden zu lassen. Wieder andere Stimmen weisen darauf hin, daß die Lösung der Kaiserfrage im Sinne der Sozialdemokratie unmittelbar den Zusammenbruch des Reiches im Gefolge haben müsse. Auf der Linken dagegen scheint man fest entschlossen, die Lösung der Frage schnellstens zu erzwingen. Wir stehen also vor Entscheidungen von größter Tragweite, die für unser nationales Dasein von entscheidender Bedeutung sind.

Italiens Beute.

Der Waffenstillstand mit Österreich-Ungarn.

Die Karte veranschaulicht das Gebiet, das jetzt nach den Waffenstillstandsbedingungen von Österreich-Ungarn abgetrennt und von der Entente, d. h. von Italien besetzt wird. Dabei ist zu beachten, daß das Gebiet, das Italien sich jetzt aneignet, weit über das italienische Sprachgebiet hinausreicht. In Südtirol (im Gebiet der Etsch und Eisach), im Küstenland (östlich von Triest) wie in Kärnten



Von Österreich-Ungarn geräumtes Gebiet.

sind es deutsche Sprachgebiete, die im Widerspruch mit den berühmten 14 Punkten Wilsons den Italienern zufallen. An der dalmatinischen Küste endlich ist die Bevölkerung fast durchgängig südslawisch. Auch hier also bricht Italien in ein fremdsprachliches Gebiet ein und vergewaltigt selbst in den wenigen Städten italienischen Sprachgebiets ansehnliche Minderheiten. Glaubt Wilson, daß hier die Grundlagen für einen dauernden Frieden geschaffen worden sind?

Russische Umtriebe in Berlin.

Revolutionäre Flugschriften des Botschaftskuriers.

Berlin, 5. November.

Amtlich wird gemeldet: Am 4. November, abends, traf von Moskau kommend der Kurier der hiesigen diplomatischen Vertretung der Sowjet-Regierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Bei dem Heruntertragen des Gepäcks vom Bahnsteige wurde eine der Kisten durch Anstoßen beschädigt, so daß darin befindliche Papiere auf den Boden fielen. Diese Papiere waren, wie sich herausstellte, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigem Umsturz auffordern. Eins der Flugblätter, das von der Gruppe „Internationale" (der Spartacusgruppe) unterzeichnet war, enthält einen Aufruf zum Revolutionskampf, während ein anderes Flugblatt die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, zum Meuchelmord und Terror auffordert.

Auf Ansuchen der Bahnbehörde wurde das gesamte Kuriergepäck in einem geschlossenen und bewachten Raum sichergestellt und das Auswärtige Amt benachrichtigt, um diesem die Untersuchung und weitere Behandlung der Angelegenheit zu ermöglichen.

*

Schon seit längerer Zeit wird in der deutschen Presse darauf hingewiesen, daß die Berliner russische Botschaft der Mittelpunkt einer bolschewistischen Propaganda sei, die sich immer mehr verstärkt und über das ganze Reich ausbreitet. Es war nur schwer, für die an Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit einen unumstößlichen Beweis zu erbringen. Das kam auch in einer halbamtlichen Mitteilung zum Ausdruck, die sich kürzlich mit dieser Angelegenheit beschäftigte. Jetzt ist der Beweis erbracht und man darf sicher sein, daß die Regierung die unbedingt notwendigen Maßnahmen ergreift, um diesem verbrecherischen Treiben auf deutschem Boden ein Ende zu machen.

Die Auflösung Österreichs.

Kämpfe zwischen Polen, Tschechen und Ukrainern.

Wien, 5. November.

Um das Erbe Alt-Österreichs ist bereits der Streit entbrannt. Nachdem Kaiser Karl den Oberbefehl über das Heer niedergelegt und damit gleichsam den Zusammenbruch besiegelt hat, bilden sich überall nationale Truppen, die schnell für ihren neubegründeten Staat einzuheimsen suchen, was möglich ist. So haben sich die Tschechen Lembergs und Przemysls bemächtigt, so erklären sie jetzt, daß ganz Österreichisch-Schlesien als tschechisches Gebiet zu betrachten sei. Dazu aber gesellen sich jetzt als Feinde der Polen die Ukrainer, die das Gebiet von Cholm für sich beanspruchen. Aber auch Galizien will von den gegenwärtigen Polen nichts wissen. Es will vielmehr autonom bleiben, bis eine neue Regierung gewählt ist. Endlich wäre noch zu erwähnen, daß Vorarlberg aus dem Verbande der ehemaligen Habsburger Monarchie ausscheiden und in die Schweiz eingegliedert werden will.

Die Wahlen für den Soldatenrat.

In Wien fanden am Montag bei allen Truppenkörpern die Wahlen für den Soldatenrat statt. Jede Unterabteilung wählte zwei Soldatenräte, welche Beschwerden der Soldaten an den Staatssekretär für Heerwesen weiterleiten werden. Die Wahlen, denen Ansprachen vorausgingen, vollzogen sich in aller Ruhe.

In Deutsch-Böhmen.

Am 3. d. Mts. wurde in Komotau das Standrecht proklamiert. Tags vorher bis in die späte Nacht und auch Sonntag vormittag wurden die staatlichen Anlagen geplündert und die Waren verschleppt. Es gab große Hungerkrawalle. Dann ist es endlich der Behörde gelungen, der Massen Herr zu werden. — Der Schaden, der durch die Plünderungen und Brandstiftungen bei den letzten Krawallen in Aussig verursacht wurde, beträgt über 40 Millionen.

Die tschechische Mobilmachung.

Wie das tschechische Pressebureau mitteilt, sind für den ganzen tschechisch-slowakischen Staat einschließlich Deutsch-Böhmens Musterungen ausgeschrieben. In dem Aufruf heißt es: Alle Militärpflichtigen bis zum 26. Lebensjahre werden, sofern sie ihrer militärischen Dienstpflicht nicht genügen, aufgefordert, ihren Dienst bei ihren Formationen anzutreten oder sich bei den zuständigen Konskriptionskommissionen zu melden. Die tschechische Presse läßt deutlich erkennen, daß es sich um eine Spitze gegen Deutschland und möglicherweise einen Einfall ins Reich zur Unterstützung der Entente handelt.

Der Aufenthalt der Reichsdeutschen in Österreich.

Die deutschen Staatsangehörigen werden, soweit sie nicht zur kaiserlichen Armee und Marine zählen, von den Bedingungen des zwischen Österreich und der Entente geschlossenen Waffenstillstandes nicht betroffen. Auch die wehrfähigen reichsdeutschen Zivilisten können in Deutsch-Österreich bleiben, solange sie nicht durch das Wiener Konsulat anderweitig verständigt werden.

*

Ungarn neutral.

Ministerpräsident Graf Karolyi empfing die Redakteure der Budapester Tageblätter, denen er mitteilte, daß die ungarische Regierung sich am 1. November selbständig zur sofortigen Waffenstreckung entschlossen habe, wobei die Regierung in Rücksicht zog, daß die von der Entente geforderten Bedingungen sich von einer Waffenstreckung nur formell unterscheiden. Vom 1. November an ist Ungarn ein neutraler Staat.

Ministerpräsident Graf Karolyi begibt sich mit mehreren Mitgliedern des Nationalrates nach Padua, um mit General Diaz Friedensverhandlungen zu beginnen.

Schlußdienst.

[Draht- und Korrespondenz-Meldungen.]

Kein englisches Friedensangebot 1916.

Köln, 5. Nov. Von „unbedingt maßgebender Regierungsstelle" erfährt die Köln. Volksztg.: „Die Gerüchte von einem englischen Friedensangebot im Jahre 1916, das von Deutschland abgelehnt worden sei, verneine ich entschieden. Wenn ein solches Angebot vorläge, müßte ich es sicher, denn bei meinen nahen Beziehungen zum früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hätte ich sicher Kenntnis davon erhalten. Es ist nicht nur kein Friedensangebot, sondern nicht einmal der leiseste Friedensschritt von England erfolgt."

Ein Ultimatum an Deutschland?

Genf, 5. Nov. Havas verbreitet eine Nachricht des „Observer", nach der die Waffenstillstandsbedingungen der Entente ein Ultimatum über die Friedensforderungen bis zu einem bestimmten Tage enthalten würden. Nach Ablauf dieses Termins, ohne daß Deutschland eingewilligt hätte, würden diesem alle Kriegskosten auferlegt werden.

Höchstens sechs Wochen Waffenstillstand.

Basel, 5. Nov. Nach einer Londoner Meldung erklären maßgebende Militärkreise, der Waffenstillstand werde höchstens eine Zeit von sechs Wochen umfassen.

Versailler Einigung über Wilsons Punkte.

Haag, 5. Nov. Der Londoner Korrespondent des Haager „Nieuwe Courant" meldet: Ich erfahre, daß eine befriedigende Übereinstimmung in Versailles erzielt worden ist, und zwar auf die 14 Punkte. Die Bekanntmachung der Bedingungen des Waffenstillstandes kann jede Stunde erwartet werden.

Keine Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen.

London, 5. Nov. Auf eine Anfrage im Unterhause über die Versailler Beschlüsse erklärte Bonar Law: Ich kann eine sehr baldige Bekanntgabe der Bedingungen nicht in Aussicht stellen, die zuvörderst den Vereinigten Staaten mitgeteilt werden müssen. Ich glaube nicht, daß ich etwas sagen kann, bevor sie auch der Deutschen Regierung bekannt sind.

Die Tschechen der Entente angeschlossen.

Genf, 5. Nov. Der „Temps" meldet, der tschechisch-slowakische Staat habe sich der Entente angeschlossen. Der tschechische Vertreter habe zum ersten Male an den Besprechungen der Ententebevollmächtigten teilgenommen.

Neue Bedingungen Japans für das Kriegsende.

Haag, 5. Nov. Aus Newyork melden die „Times", die Einigung über die Friedensziele würde dadurch verzögert, daß Japan mit neuen Bedingungen für die Zeit nach dem Kriegsende hervortrat. Dadurch wurden neue Beratungen der Entente notwendig.

Hollands Grenze für belgische Flüchtlinge gesperrt.

Haag, 5. Nov. Die holländische Regierung hat aus Gründen der öffentlichen Gesundheit die vorläufige Schließung der Grenze für die aus Belgien kommenden Flüchtlinge angeordnet.

Polnische Aufforderung an die deutsche Regierung.

Warschau, 5. Nov. Das vom Regentschaftsrat entlassene, aber anscheinend nicht vom Posten gewichene politische Ministerium hat an die deutsche Regierung die kategorische Forderung gerichtet, die Okkupationstruppen bis zum 15. November aus Polen zurückzuziehen.

Die polnische Armee von Amerika anerkannt.

Washington, 5. Nov. Die Vereinigten Staaten erkennen die polnische Armee als autonom und kriegführend unter der höchsten Autorität der neuen polnischen Regierung an.

Der Ruthenenkrieg gegen Polen.

Warschau, 5. Nov. Hiesige Blätter bringen die Nachricht, daß die ostgalizischen Städte Luck, Plazkirow und Kamenez-Podolsk, die zum polnischen Besitzstande in Galizien gehören, von ruthenischen Truppen besetzt worden sind. Weiterhin verlautet, daß von ukrainischer Seite eine zweite gegen Polen gerichtete strategische Angriffsfront geschaffen worden ist, die von Kiew nach Human führt.

Engländer sollen Konstantinopel besetzen.

Kopenhagen, 5. Nov. „Nationaltidende" meldet aus London, daß die Besetzung Konstantinopels durch englische Truppen bevorsteht. Die englische Armee in Mesopotamien ist für die Expedition gegen Rußland in Aussicht genommen.

Die deutschen Vertretungen in Wien.

Wien, 5. Nov. Die diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches, Bayerns und Sachsens werden einstweilen auf ihren Plätzen hierselbst bleiben. Sie werden nur dann abreisen, wenn eine Besetzung Wiens durch Ententetruppen in Frage käme.

Keine Besetzung Wiens.

Wien, 5. Nov. Die Entente hat sich ausbedungen, alle strategischen Punkte Deutsch-Österreichs vorbehaltlos zu besetzen. Da aber die Alliierten in der letzten Zeit den Standpunkt einnehmen, daß Wien kein strategischer Punkt sei, dürfte eine Besetzung der Stadt solange nicht in Frage kommen, als die Ruhe und Ordnung in Wien aufrechterhalten bleibt.

Abreise der deutschen Beamten aus Budapest.

Budapest, 5. Nov. Sämtliche bisher hier etabliert gewesenen reichsdeutschen Militärbehörden sind mit einem Dampfer nach Passau abgegangen. Gegenwärtig sind nur noch zwei reichsdeutsche militärische Amtsstellen in Budapest tätig, die jedoch durch Zivilbeamte versehen werden, und zwar das Bahnhofskommando und das sogenannte Überwachungskommando, welche die Aufgabe haben, die von der Balkanfront zurückkehrenden deutschen Soldaten nach ihrer Heimat zu befördern.

Die Ententetruppen Ungarns Freunde.

Budapest, 5. Nov. Der ungarische Kriegsminister erklärte bezüglich des abgeschlossenen Waffenstillstandes, daß die Demarkationslinie die ungarische Landesgrenze sein werde. Wahrscheinlich werden französische und englische Truppen nach Ungarn kommen. Die fremden Truppen kämen als Freunde, nicht als Sieger, denn nicht das ungarische Volk, sondern das verrottete Regierungssystem sei besiegt worden.

Fluchtversuche aus Vorarlberg nach der Schweiz.

Bern, 5. Nov. Gestern und heute versuchten zahlreiche Personen aus Vorarlberg nach der Schweiz zu gelangen. Die Grenzen sind aber geschlossen, so daß viele versuchten, den Rhein zu durchschwimmen, um nach der Schweiz zu kommen. Das wurde ihnen aber von den Grenzorganen so gut wie unmöglich gemacht. Die Lebensmittelzufuhr nach Vorarlberg hat bereits aufgehört. Die Not soll in einigen Orten bereits sehr groß sein.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✣ Das **neue bayerische Ministerium** wird sich folgendermaßen zusammensetzen: Es bleiben von bisherigen Ministern der Minister des Äußern v. Dandl, der Minister des Innern v. Brettreich, der Kriegsminister v. Hellingrath und der Kultusminister v. Knilling. Es treten neu ins Ministerium die Zentrumsabgeordneten Held als Stellvertreter des Vorsitzenden im Ministerrat, Frank als Verkehrsminister, Beck als Finanzminister, der Liberale Cafselmann als Justizminister; den neugeschaffenen Posten als Minister für soziale Fürsorge erhält ein Sozialdemokrat, der Abgeordnete Timm oder Segitz, erster Vertreter dieses Ministers wird wahrscheinlich der Zentrumsabgeordnete Oswald. Als liberaler Minister ohne Portefeuille wird der Abgeordnete Müller (Meiningen) genannt.

✣ Dem Reichstag ist ein dritter Nachtrag zum Reichsetat für das Jahr 1918 zugegangen, der abermals einen **Kredit von 15 Milliarden Mark** nachsucht. Der letzte Kriegskredit wurde vom Reichstage Anfang Juli dieses Jahres bewilligt. Die Kriegsschuld belief sich damals auf 139 Milliarden Mark, zu denen jetzt 15 weitere Milliarden hinzukommen, so daß die gesamten Kriegskredite sich damit auf 154 Milliarden Mark beziffern. Durch Anleihen waren Ende April dieses Jahres, nach der Zeichnung der achten Kriegsanleihe, etwa 87,5 Milliarden Mark gedeckt. Dazu tritt nun noch die neunte Anleihe, deren Ergebnis noch aussteht. — Ein vierter Nachtrag fordert zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 100 Millionen Mark im Wege des Kredits an. Sie sollen zur Gewährung von Baukostenzuschüssen dienen. — Der Zusammentritt des Reichstags wird sich noch um einige Tage verzögern.

Kurland.

✖ **Die Furcht der Balten vor dem Bolschewismus** wächst mit jedem Tage mehr. Dem Oberbefehlshaber der in Kurland liegenden 8. Armee ist vom Vereinigten Landesrat von Livland, Estland, Oesel und Riga ein Schreiben zugegangen, in welchem unter Hinweis auf die entsetzlichen Greueltaten der Bolschewisten in den von den deutschen Truppen entblößten Gebieten um Schutz und um Aufschub des Truppenabmarsches gebeten wird. Das Armeeoberkommando wird gebeten, das Gesuch in Berlin zu befürworten. — Der Vereinigte Landesrat wird demnächst eine Verfassung für das Baltenland ausarbeiten und die Wahl einer vorläufigen Landesregierung vornehmen.

Spanien.

✖ Nach übereinstimmenden Nachrichten steht Spanien vor einer **ernsten innerpolitischen Umwälzung.** Aus englischen und französischen Quellen wird gemeldet, daß der Sturz der Regierung nur noch eine Frage von Tagen sei. Als einziger Ausweg für die Monarchie erscheine die Bildung eines ultrademokratischen Kabinetts, wahrscheinlich unter Romanones, das gleich bei Regierungsantritt wichtige Verfassungsänderungen beantragen werde. — Allem Anschein nach schürt England wieder einmal einen Konflikt, um in Spanien leichtes Spiel zu haben.

Polen.

✖ Der **Konflikt zwischen Regentschaftsrat und Ministerium** ist zunächst zugunsten des ersteren entschieden worden. Infolge des Aufrufes, den der Ministerrat veröffentlicht hat und der zur Bildung einer nationalen Regierung aus Vertretern der arbeitenden Klassen aufforderte, hat der Regentschaftsrat kurzerhand das Ministerium entlassen. Ob damit aber die Krise beendet ist, erscheint fraglich. Die Parteien der Linken bestanden darauf, Polen als Volksrepublik auszurufen und ein Ministerium aus den Parteien der Linken zu bilden, das den Staat konstituieren soll.

Rußland.

✖ In einer Note macht **Tschitscherin den Verbündeten Friedensvorschläge.** Das Dokument, das den neutralen Konsuln überreicht wurde und an die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten gerichtet ist, hat folgenden Wortlaut: „Ihrem Wunsche folgend, den bewaffneten Konflikt zwischen den russischen Truppen und denen dieser Mächte ein Ende zu machen, schlägt die russische Regierung vor, Verhandlungen [illegible] Beendigung dieses Konfliktes einzuleiten und fragt demgemäß an, wann und wo die Vertreter beider Seiten zu diesem Zwecke zusammentreten könnten."

Aus In- und Ausland.

Berlin, 5. Nov. Wie verlautet, steht ein Wechsel im Staatssekretariat des Reichswirtschaftsamtes bevor. Frhr. v. Stein beabsichtigt zurückzutreten.

Berlin, 5. Nov. Geheimrat Dr. Beutler, der Leiter der Reichsbekleidungsstelle, wird Ende des Jahres aus Gesundheitsrücksichten seinen Posten verlassen.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 7. November.

Sonnenaufgang	7^{08}	Mondaufgang	10^{41} V.
Sonnenuntergang	4^{19}	Monduntergang	6^{32} N.

1810 Fritz Reuter geb. — 1818 Naturwissenschaftler Emil du Bois-Reymond geb. — 1852 Der französische Senat erklärt die Wiederherstellung des Kaiserreiches nach dem Willen des Volkes.

□ **Schutz der Kartoffeln gegen Fäulnis.** Während der Dauer von Kartoffelkrankheiten hat man immer wieder feststellen können, daß gesunde Kartoffeln, die vor dem Eintritt der Kartoffelkrankheit geerntet und in trockenen Kammern gegen das Grünwerden durch Einwirkung der Tageshelle mit Stroh, Säcken oder Tüchern bedeckt wurden, von der Krankheit größtenteils verschont blieben, und daß selbst bei angesteckten Kartoffeln die Fäulnisstelle häufig vertrocknete, so daß die Fortsetzung der Fäulnis durch die Trockenheit der atmosphärischen Luft gänzlich gehemmt wurde. Auf diese Art konnten selbst von der Krankheit befallene Kartoffeln noch zur Fütterung des Viehes oder zum Ausstecken im Frühjahr benutzt werden, sobald sie noch mit gesunden Keimaugen versehen waren und die vertrocknete Faulstelle sorgfältig ausgeschnitten wurde. Daraus ergibt sich, daß der Zutritt der atmosphärischen Luft das beste Schutz- und Heilmittel gegen die Fäulnis im allgemeinen und gegen die Kartoffelfäule im besondern ist. Es versteht sich, daß nur die austrocknende Eigenschaft der Luft und die Anwesenheit von Wärme und Feuchtigkeit in der angedeuteten Weise wirksam ist.

□ **Preisfestsetzung durch die Kriegsgesellschaften.** Über die Festsetzung der Preise seitens der Kriegsgesellschaften besteht verschiedentlich die irrige Meinung, daß diese ohne Kontrolle erfolge. Zur Aufklärung sei zunächst darauf hingewiesen, daß die dem Kriegsernährungsamt unterstellten Kriegsgesellschaften eine selbständige Preispolitik im Sinne eigenmächtiger Festsetzungen der Preise nicht treiben können. Vielmehr ist die Preisfestsetzung innerhalb der Kriegsernährungswirtschaft, soweit es sich um nichtverarbeitete Waren handelt, dem Vorstande des Kriegsernährungsamts unter Mitwirkung des Reichstagsbeirats vorbehalten; in den meisten Fällen erfolgt sie sogar durch Bundesratsverordnung. Soweit es sich um Fabrikate handelt, wird im Interesse der Einheitlichkeit der Preisfestsetzung eine eingehende Prüfung von der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts vorgenommen, die zuverlässige Unterlagen für die Preisbemessung der Fabrikate und für die dem Handel zu gewährende Aufschläge durch genaue Revisionen der Fabrik- und Handelsbetriebe gewinnt. Die Kriegsgesellschaften des Kriegsernährungsamtes sind nach ihren Statuten durchweg gemeinnützig, sie dürfen ihren Gesellschaftern nicht mehr als 5 Prozent Dividende zahlen, und bei Auflösung der Gesellschaft erhalten diese nicht mehr als den Nennwert ihrer Stammanteile: der Rest des Gesellschaftsvermögens fällt an das Reich. Den Leitern der Kriegsgesellschaften, die gegen festes Gehalt angestellt sind und Tantieme oder eine Gewinnbeteiligung in irgendeiner Form nicht erhalten, fehlt danach jede Veranlassung zu einer kapitalistischen Geschäftsführung. Eine Ansammlung von Gewinnen und Reserven, die sich mit dem Charakter der Gesellschaften als gemeinnütziger Institute nicht vereinbaren lassen würde, wird vom Kriegsernährungsamt nicht geduldet. Monatliche Geschäftsberichte und Vorlegung der Bilanzen, Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Gesellschaftsversammlungen geben dem Aufsichtsressort einen genauen Einblick in die Geschäftsführung; halbjährlich wird auch dem parlamentarischen Beirat beim Kriegsernährungsamt über die Kriegsgesellschaften Bericht erstattet.

* **Von der Post.** Infolge Erkrankung einer großen Anzahl von Beamtenkräften kann bis auf weiteres eine Zustellung von Paketen nicht mehr erfolgen. Den Empfängern werden die Paketkarten durch die Briefträger zugestellt werden und erhalten die Pakete gegen Rückgabe der Paketkarten am Postschalter ausgehändigt.

o **Postscheckverkehr ins Feld.** Von jetzt ab ist der Höchstbetrag für Zahlungsanweisungen nach dem Felde (Feld-Zahlungsanweisungen) in Militärdienstangelegenheiten 3000 Mark, in Privatangelegenheiten der Angehörigen des Feldheeres 800 Mark.

o **Ein Wunder.** Das fast unwahrscheinliche, wenigstens scheinbar in unendlicher Ferne Liegende ist in diesen Tagen, so schreibt die Lipp. Lds.-Ztg., in Detmold in die greifbare Erscheinung getreten: roher und gebrannter Bohnenkaffee in der Auslage eines Kolonialwarengeschäfts! Man staune: Dieses so stark nachgefragte Produkt ist auf einmal wieder da, trotzdem jahrelang scheinbar keine Bohne aufzutreiben war. In den letzten Tagen sind auch wieder billigere Zigaretten in den einzelnen Geschäften zu haben. Während bis vor einigen Tagen 20 und 25 Pf. für die Zigarette [illegible] mußte, ist sie jetzt schon für 8 und 10 Pf. zu [illegible]. Diese Art von Überraschungen, welche [illegible], kann man sich schon ge[illegible]

o **Keine Postverbindung mit dem Balkan.** Wegen Unterbrechung der Postverbindung mit Rumänien, Bulgarien und der Türkei infolge Verkehrsstörungen außerhalb Deutschlands ist die Annahme von Privatpostsendungen nach [illegible] Ländern bis auf weiteres gesperrt.

o **Weihnachtspaketverkehr nach dem Felde.** In der Zeit vom 3. bis 25. Dezember werden Pakete für das Feld, die über ein Militär-Paketamt geleitet werden sollen, zur Beförderung nicht angenommen. Weihnachtssendungen sind daher bis 2. Dezember einschließlich bei den Postanstalten aufzugeben. Für entfernter gelegene Gebiete wird möglichst frühzeitige Auflieferung empfohlen. Für Frachtstückgüter tritt eine Annahmesperre nicht ein. Der Päckchenverkehr wird durch diese Anordnungen nicht berührt.

o **Strafen für Papiergeldansammlung.** Der neuvertretende kommandierende General des 6. Armeekorps und die Kommandanten von Breslau und Glatz haben eine Anordnung erlassen, nach der es verboten ist, Papiergeld über den laufenden Bedarf hinaus einzusammeln. Bereits angesammeltes Papiergeld ist umgehend dem Verkehr wieder zuzuführen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* **Freiwillige Abgabe von alten Schuhen.** Zum Zwecke der vollständigen Erfassung von Altschuhwaren und Altleder hat die Reichsstelle für Schuhversorgung angeordnet, daß die Gemeindeverbände Sammelstellen für Altschuhwaren und Altleder errichten. Der Betrieb der Althändler mit Lederwaren ist verboten. Die in ihrem Besitz befindlichen Altledersachen sind beschlagnahmt und an die Kommunalverbände abzuliefern. Da auch in den Privathaushaltungen noch große Bestände an Altschuhwerk und Altleder vorhanden sind, wird in Aufrufen, die von den Kommunalverbänden erlassen werden, zur freiwilligen Abgabe von Altschuhwerk und Altledersachen aufgefordert werden. Wer zwei Paar getragener, aber noch gebrauchsfähiger Schuhe oder Stiefel mit Ledersohle abgibt, erhält eine Abgabebescheinigung, die Anrecht auf Ausfertigung eines Schuhbedarfsscheins für ein Paar neue Schuhe oder Stiefel mit Ledersohle gewährt. Wer ein Paar Schuhe oder Stiefel im Schätzungswert von mindestens 5 Mark abliefert, erhält eine Abgabebescheinigung, die zum Erwerb eines Paares instandgesetzter getragener Schuhe oder Stiefel berechtigt.

§ **Schwere Bestrafung von Brotkartenfälschern.** Im Berlin ging nach sechs Wochen der große Brotkartenfälscherprozeß zu Ende. Es handelte sich um eine Brotkartenfabrik im Bureauhaus Börse, von der viele tausend falsche Brot- und Fettkarten hergestellt worden waren. Das Urteil lautete: gegen den Angeklagten Woiwoda auf 10 Jahre Zuchthaus, 10 500 Mark Geldstrafe, eventuell noch 468 Tage Zuchthaus, gegen Alfred Sandvoß auf 6 Jahre Zuchthaus, 10 500 Mark Geldstrafe, gegen Sebastian Kwiatkowsky auf 5 Jahre Zuchthaus, 4500 Mark Geldstrafe, gegen Friedrich Rumpf und Frau Margarete Reinsdorf auf je 2 Jahre Gefängnis, gegen Richard Schulz und Frau Ella Rumpf auf je 2½ Jahre Gefängnis, gegen Klara Sievers auf 1½ Jahre Gefängnis, gegen Johann Dicks und Emil Lehnert auf je 1 Jahr Gefängnis und gegen die übrigen Angeklagten auf Gefängnisstrafen bis herab zu 4 Monaten.

Grippe und Prozeßrecht.

Die Versäumnis von Prozeßhandlungen.

Mehr als bei einer gewöhnlichen Erkrankung wird bei einer Krankheit, die wie die Grippe als Epidemie auftritt, also einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung befällt, die Frage auftauchen, ob die Versäumung von Prozeßhandlungen durch plötzlich erkrankte Personen auch wie sonst Verlust der im Einzelfall gegebenen rechtlichen Möglichkeit zur Folge hat, oder ob nicht die etwa eingetretene ungünstige Folge durch die Krankheit entschuldigt ist und dann wieder beseitigt werden kann. Um das Gesagte an einem Beispiel deutlich zu machen: Gegen A. ist ein Versäumnisurteil ergangen, d. h. er ist ohne weiteres verurteilt worden, weil er im Termin vor Gericht nicht erschienen ist. Dies Versäumnisurteil kann er beseitigen, indem er dagegen den „Einspruch" einlegt. Der Einspruch muß aber, wenn es sich um eine amtsgerichtliche Sache handelt, binnen einer Woche eingelegt werden. A. bekommt einige Tage nach Erlaß des Urteils die Grippe und legt infolgedessen den Einspruch nicht ein. Wirkung: das Urteil wird rechtskräftig; und selbst wenn A. noch so sehr im Recht ist, muß er die eingeklagte Summe bezahlen, wenn nicht eben diese Folge der Unterlassung wieder beseitigt werden kann. Das Gesetz gibt nämlich „einer Partei, die durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle verhindert worden ist, eine Notfrist einzuhalten, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand".

Eine solche Notfrist ist die Einspruchsfrist, wie beispielsweise auch die Berufungsfrist usw. Man kann also in gewissen Fällen die Folgen der Unterlassung beseitigen, wie das Gesetz sagt, „in den vorigen Stand eingesetzt werden". Aber nur, wenn man durch „Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle" verhindert war. So bleibt die Frage übrig, ob die Grippe hierunter fällt. Ein „Naturereignis" ist sie nicht. Darunter würde z. B. ein Erdbeben zu verstehen sein, das jede Tätigkeit unmöglich macht. Bleibt der gesetzliche Begriff „unabwendbarer Zufall"; darunter ist z. B. zu verstehen: Versagen des Postbetriebes, wenn also die Post den rechtzeitig eingelegten Einspruch nicht im regelmäßigen Geschäftsgang befördert; oder wenn beispielsweise auf der Gerichtsschreiberei der Einspruch verlorengeht und ähnliche Fälle. Alle diese Fälle sind unzweifelhaft. Aber bei der Krankheit, also bei der Grippe, beginnt der Zweifel des Juristen. Kann man gewiß sagen können, daß man die Krankheit überhaupt unter den Begriff des „unabwendbaren Zufalls" bringen kann. Und dies wird von der Grippe ganz besonders gelten müssen, weil von einer solchen epidemischen Krankheit eigentlich jeder befallen werden kann und die Schutzmittel, die sie abwenden können, doch nicht absolut sicher sind. Es kann daher auch nicht etwa derjenige, der sich nicht an die Vorbeugungsmaßregeln hält, schon allein deshalb der Wiedereinsetzung verlustig gehen. Aber im Begriffe des „unabwendbaren Zufalls" steckt doch noch etwas mehr, unabwendbarer Zufall muß im wesentlichen jede Möglichkeit des Handelns nehmen.

Es fragt sich, ob die ganzen Umstände der eintretenden Krankheit jede Tätigkeit verhindern, ob nicht der Erkrankte noch einen Vertreter bestellen, nicht noch Anweisungen geben kann, durch einen Anwalt z. B. oder sonst jemand den Einspruch einlegen zu lassen. Dies wird leichter sein, wenn die Frist zu Beginn der Krankheit anfängt zu laufen, als wenn ihr Ende in den Beginn der Krankheit fällt. Und die „Abwendung" der Zufallsfolgen wird sich besser ermöglichen lassen bei einem leichten Krankheitsfall als bei einem schweren. Daraus ergibt sich: es kommt alles auf die Einzelheiten des Falles an, die das Gericht bei dem Antrag auf „Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" nach freiem Ermessen beurteilt. Die Möglichkeit, die Grippe als Entschuldigungsgrund für die Versäumung von Notfristen anzugeben, ist da; aber nicht jeder Grippefall berechtigt dazu. Daher ist zu raten: wer krank wird und einen Prozeß zu schweben hat, sorge möglichst für Vertretung!

Rechtsanwalt Dr. Albert Baer-Berlin.

Bekanntmachungen.

1. Lebensmittelkarten-Ausgabe.

Die Ausgabe der Brot-, Fleisch-, und Fettkarten für die nächsten vier Wochen, vom 11. November ab gerechnet, erfolgt in nachstehender Reihenfolge:

am Freitag, den 8. d. Mts.,

für Haushaltungskarten	1—150	vormittags	8—9	Uhr
	151—300	„	9—10	„
	301—450	„	10—11	„
	451—600	„	11—12	„
	601—750	nachmittags	2—3	Uhr
	751—900	„	3—4	„
	901—1050	„	4—5	„
	1051—1200	„	5—6	„
	1201—Ende u. Gutsbezirk		6—6½	„

Die Aushändigung erfolgt nur gegen Abgabe der Stammscheine und Vorlegung der Haushaltungskarten. Unstimmigkeiten in der Personenzahl sind auf der Haushaltungskarte spätestens bei der Ausgabe zu beseitigen.

Wenn von einer Person für mehrere Haushaltungen die Lebensmittelkarten abgeholt werden, so sind die Stammscheine mit den zugehörigen Haushaltungskarten für jede Haushaltung zusammengesteckt dem ausgebenden Beamten zu überreichen. Kinder werden nicht abgefertigt.

Die festgesetzten Zeiten sind pünktlichst innezuhalten andernfalls Säumige erst am Mittwoch, den 13. d. Mts. vormittags, abgefertigt werden können.

Die Ausgabe von Zusatzkarten obenbezeichneter Art erfolgt erst am Mittwoch, den 13. d. Mts., vormittags.

Die Karten sind sofort an der Ausgabestelle nachzuzählen. Das sorgsame Aufbewahren wird dringend angeraten. Ersatz bei Verlust wird grundsätzlich nicht gewährt.

2. Zusatz-Lebensmittelkarten

für Kinder unter 2 Jahren werden mit den Lebensmittelkarten in obenstehender Reihenfolge ausgegeben. Die Aushändigung erfolgt nur gegen Abgabe der Stammscheine.

Warmbrunn, den 6. November 1918.

Der Gemeindevorstand.
J. V. **Düring.**

Herischdorf.

Abgabe der

Kartoffeln für den Winterbedarf

Donnerstag, den 7. November 1918.

Für die Bezugsnummern	1—100	von	8—9 Uhr vorm.
	101—200	„	9—10 „ „
	201—300	„	10—11 „ „

Herischdorf, den 6. November 1918.

Der Gemeindevorstand.
Goy.

Statt besonderer Meldung.

Gestern nachmittag 1½ Uhr entschlief sanft nach kurzem, schweren Leiden mein inniggeliebter Mann, der herzensgute Vater seines einzigen Kindes, unser lieber Bruder, Schwiegersohn und Schwager, der

Postschaffner

Wilhelm Exner

im 49. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Anna Exner
und Sohn.

Warmbrunn, den 6. November 1918.

Beerdigung Freitag nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause, Neue Gasse 2, aus.

Herr od. Dame

gesucht, die einigen jungen Leuten

Tanzunterricht

erteilen.

Angebote unter „**Tanzunterricht**" werden in der Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegengenommen.

Kränze

mit frischen und künstl. Blumen
empfiehlt
P. Heinrich, Gärtnerei.
Salzgasse 7.

Einmachen ohne Zucker.

Das wichtigste Hausfrauen- und Wirtschaftsproblem beim gegenwärtigen empfindlichen Zuckermangel.

Frau Amtsrat Rose Stolles beliebstes Einmachebuch: Das Einmachen der Früchte und Gemüse sowie die Bereitung von Fruchtsäften, Geelee, Marmeladen, Obstweinen, Essig, usw. nach neuzeitlichen Grundsätzen, vollständig neu bearbeitet von Johanna Schneider-Tonner, lehrt durch

320 Einmache-Rezepte

wie man Früchte, Pilze, Gemüse usw. unter Berücksichtigung des andauernden Zuckermangels und der Erhaltung des natürlichen Fruchtgeschmacks bei wirklich unbegrenzter Haltbarkeit einmachen soll und gibt auch zahlreiche erprobte Ratschläge zur billigen und einfachen

Selbstbereitung von haltbarem Obstmus-Brotaufstrich

Der beste Beweis für den Wert und die Unentbehrlichkeit des reichillustrierten Buches bietet wohl die Tatsache, daß bereits

64000 Exemplare in 12 Auflagen

verkauft sind. Der Preis des reichhaltigen Rezeptbuches beträgt nur **1,80** Mark beim Verlag dieses Blattes.

Die gänzlich mittellose Diaspora-Grenz-Gemeinde Neuberun (Kr. Pleß), welche sich seit dem 23. Juni 1910 eines eigenen Bethauses erfreuen darf, entbehrt leider noch eines eigenen Friedhofes.

Die Verstorbenen der in Neuberun wohnenden Evangelischen müssen auf dem fünf Stunden entfernten Kirchhof der Mutter-Gemeinde Anhalt (Kr. Pleß) bestattet werden was bei den schlechten Landwegen sehr beschwerlich, ja im Winter geradezu gefährlich ist.

Durch Ueberlassung eines Grundstückes soll nun, will's Gott, im Herbst der Wunsch der Gemeinde nach einem eigenen Friedhof in Erfüllung gehen. Die so gänzlich mittellose Diaspora-Grenz-Gemeinde, welche nicht einmal die Kosten für die Gottesdienste aufzubringen vermag, ist außer Stande,

3000 Mark

betragenden Kosten für die Anlage des Friedhofes aufzubringen, sie ist vielmehr, wie mit allen kirchlichen Bedürfnissen auf die allseitige auswärtige Liebe lieber Freunde wie Vereine angewiesen. Wer der armen Gemeinde die 3000 Mark bald vermindern helfen will, wird herzlich gebeten, Gaben an den Unterzeichneten zu senden. Im voraus allen lieben Spendern ein herzliches Vergelt's Gott.

Hermsdorf u. K., September 1918.

von Pritiwitz und Gaffron,
Hüttenbeamter a. D.

Hunde an die Front!

Bei den gewaltigen Kämpfen im Westen haben die Hunde durch stärkstes Trommelfeuer die Meldungen aus vorderster Linie in die rückwärtigen Stellungen gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist das Leben erhalten, weil Hunde ihnen den Meldegang abnahmen. Militärisch wichtige Meldungen sind durch Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.

Obwohl der Nutzen der Meldehunde überall bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer kriegsbrauchbarer Hunde welche sich nicht entschließen können, ihr Tier dem Vaterlande zu leihen!

Es eignet sich Schäferhund, Dobermann, Airedale-Terrier, Rottweiler, Jagdhunde, Leonberger, Neufundländer Bernhardiner, Doggen und Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell, gesund, mindestens 1 Jahr alt und von über 50 cm Schulterhöhe sind. Die Hunde werden von Fachdresseuren in Hundeschulen abgerichtet und im Erlebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Abholung erfolgt durch Ordonnanzen.

Also Besitzer: Eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes.

Die Anmeldungen für Kriegshund- und Meldehundeschulen an Inspektion der Nachrichtentruppen, Berlin Halensee, Kurfürstendamm 152, Abteilung Kriegshunde richten.